

# Fachberatungsstelle für Menschen in besonderen Lebenslagen

Gemäß §§ 67 – 69 SGB XII



*Man muss die Welt nicht verstehen, man muss sich darin zurechtfinden (Albert Einstein)*

## Jahresbericht 2017



**Diakonie**   
im Kirchenkreis Kleve e.V.

## **Zunahme der Wohnungsnot im Kreis Kleve**

Bezahlbarer Wohnraum fehlt nicht nur für bereits wohnungslose Menschen, sondern auch für eine Vielzahl anderer Bevölkerungsgruppen: einkommensarme Haushalte, insb. Alleinerziehende, aber auch für kinderreiche Familien, für Studierende, arme Rentnerinnen, ebenso wie für anerkannte Flüchtlinge, die sich auf dem Wohnungsmarkt versorgen sollen und für UnionsbürgerInnen, die oftmals sehr schlecht entlohnt, auf sehr preiswerten Wohnraum angewiesen sind (BAGW 2017). Dabei sinkt das Angebot an Wohnungen im unteren Mietpreissegment durch den sukzessiven Wegfall der Preisbindung bei öffentlich geförderten Wohnraum. Seit der Jahrtausendwende hat sich sein Bestand mehr als halbiert. Für Nachschub von sogenannten Sozialwohnungen wurde in den letzten Jahren nur unzureichend gesorgt und dass bei historisch niedrigen Bauzinsen und steigenden Einwohnerzahlen im Kreis Kleve.

### **Vor allen sind kleine Wohnungen im Kreis Kleve Mangelware**

Amtliche Statistiken von der IT.NRW zeigen, dass im Kreis Kleve die Anzahl von kleinen Wohnungen deutlich unter den Landeswerten liegt. „Es gibt im Kreis Kleve 143.583 Wohnungen. Davon haben 79.479 fünf oder mehr Zimmer. Singles, Rentner, Studenten und Geringverdiener ringen um die wenigen Wohnungen, die günstig sind, weil sie nur wenige Quadratmeter haben. Die sind im Kreis Kleve regelrecht Mangelware “ (RP 2.1.18). Seit 2010 wurden im Kreis Kleve zwar 1713 Ein- und Zweizimmerwohnungen gebaut, aber

im gleichen Zeitraum 2773 Großwohnungen mit mehr als 5 Zimmern. Allein die Kreisstadt Kleve hat 5000 eingeschriebene Studenten, für die aber bisher nur rund 350 zusätzliche Kleinstwohnungen geschaffen wurden (RP 2.1.2018). Seit vielen Jahren weisen die Sozialverbände im Kreis auf diese Fehlentwicklung und die damit verbundenen sozialen Folgen hin. Die betroffenen verschiedenen sozialen Gruppen konkurrieren miteinander um den wenig vorhandenen bezahlbaren Wohnraum. Die Folgen sind verstärkte Aus- und Abgrenzung und (drohende) Wohnungslosigkeit.

### **Veränderung der Mietrichtwerte verschlechtert den Wohnungserhalt und die Wohnungssuche von ALG II Empfängern**

Seit der Veränderung der Mietrichtwerte des Kreises Kleve für ALG II Empfänger, die sich im besonderen Maße nachteilig für Mehrpersonenhaushalte in Stadtgebieten auswirken, hat sich die Situation auf dem Wohnungsmarkt und damit verbunden auch das Armutsproblem weiterhin deutlich verschärft. Die Angemessenheitskriterien für Mieten wurden in den meisten Städten herabgesenkt. Besonders betroffen waren Haushalte, deren Mieten zuvor nach alten Kriterien bemessen wurden. Diese Wohnungsnehmer wurden aufgefordert, entweder ihre Mieten zu senken oder sich einen neuen angemessenen Wohnraum zu suchen. Eine Dokumentation des Fachbereiches „Soziale Hilfen und Existenzsicherung des Caritasverbandes Kleve

und der Frauenfachberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen in Kleve zeigte, das schon rund 40 Haushalte im Nordkreis nur wenige Monate nach der Umstellung von dieser Regelung betroffen waren.

### **Sozialverbände schaffen Abhilfe durch begleitendes Beratungsangebot und Wohnraumanmietung**

Seit langem bietet die Fachberatungsstelle im Konfliktfall potentiellen Vermietern und Wohnungssuchenden Unterstützung an und bleibt insbesondere bei ausländischen Wohnungssuchenden auch nach Abschluss des Mietvertrages Ansprechpartner. Aufgrund der hohen Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum sind insbesondere in den letzten Jahren die Anforderungen der Vermieter an Wohnungssuchende gestiegen. ALG II Empfänger werden in Folge oftmals kategorisch abgelehnt. Um auch diesen Menschen in ihrer akuten Notlage überhaupt helfen zu können, haben immer mehr Sozialverbände im Nord- und Südkreis Wohnraum anmieten müssen, um sie weiter an Wohnungsnotfälle untervermieten zu können. Aufgrund der fehlenden günstigen kleinen Wohnungen wurden insbesondere alleinstehenden Wohnungssuchenden alternative Wohnformen angeboten. Die Bildung von sogenannten Zweck- bzw. Wohngemeinschaften diente einigen lediglich als vorübergehendes Kompensations- und Ersatzinstrumentarium, damit Wohnen in eigenen 4 Wänden für sie überhaupt möglich wurde. Für andere insbesondere jungen Wohnungsnotfällen stellte diese Wohnform einen Erprobungsrahmen zur Erweiterung der Wohnkompetenz dar, insbesondere dann, wenn die jungen Menschen von Fachpersonal begleitet wurden. Dieses Vorgehen der Sozialverbände hilft aber nur einem Bruchteil der Wohnungssuchenden.

### **Was können Land, Städte und Gemeinden zur Verbesserung des Wohnungsmarktes leisten?**

Obwohl das Land NRW in den letzten Jahren versucht hat, mit Förderprogrammen den sozialen Wohnungsbau weiter anzukurbeln, ist das Ergebnis vollkommen unzureichend. Zum einen scheitert es an den immer rarer und teurer werdenden Grundstücken, zum anderen gibt es neue Auflagen wie die Energiesparverordnung, die auch das Bauen selbst stark verteuert. „Wenn überhaupt investieren Bauherren inzwischen am liebsten im gehobenen und im Luxus-Segment“ (RP 19.10.2017). Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft sieht andere Vorgehensweisen für die Schaffung günstigen Wohnraums als sinnvoll an. Sie schlagen als eine Maßnahme den Einkauf von Belegungsrechten am freien Markt vor. „Diese Methode kann sich einem wechselnden Bedarf besser anpassen als fertig gebaute Sozialwohnungen“ und ermöglicht eine bessere Durchmischung verschiedener Einkommensschichten. Eine weitere Maßnahme sieht sie darin, finanzielle Anreize für den Ausbau von Dachgeschossen zu schaffen, damit könnten laut Studie 1 Millionen zusätzliche Wohnungen in NRW geschaffen werden und damit auch sicherlich viele im Kreis Kleve. Mehr als 1,3 Millionen Haushalte leben in sehr großen Wohnungen, obwohl ihr Bedarf nach Wegzug der Kinder gesunken ist. Diese Personengruppe würde von einem Wechsel in kleinere Wohnungen zumeist finanziell profitieren. „Die Studie schlägt den Kommunen vor, diese Potentiale mit aktiver Beratung und maßvollen finanziellen Anreizen zu heben.“ (RP 19.10.2017)

## Fusion der Fachdienste

Im Dezember 2017 haben sich die zuvor eigenständigen Fachdienste Wohnhilfen und Sozial- und Migrationsberatung zu einem Fachdienst zusammengeschlossen. Auch zuvor war die Zusammenarbeit der beiden Fachdienste vor dem Hintergrund teilweise ähnlicher Lebens- und Problemlagen der Klientel sehr eng. Durch die Fusion verbessern sich die Möglichkeiten, durch veränderte Organisations- und Teamstrukturen die Kooperation nochmals intensiver aufeinander abzustimmen. Als Fachdienstleiter der Sozial- und Migrationsberatung mit mehrjähriger Berufserfahrung in der Wohnungslosenhilfe hat Wilfried van de Kamp die



Leitungsaufgabe für den neuen Fachdienst Sozial-, Wohn-, und Migrationsberatung übernommen.

## Förderung der sozialen Kontakte durch Angebote zur Freizeitgestaltung

**„Ein Tagesausflug ist noch lange nicht selbstverständlich“**

So die einführenden Worte der Pressemitteilung am 15.08.2017 von Verena Rohde (Öffentlichkeitsarbeit / Marketing Caritasverband Kleve e.V.) zum gemeinsamen Tagesausflug der Fachberatungsstelle Wohnhilfen CV Kleve und der FrauenFachberatungsstelle des Sozialdienstes katholischer Frauen e.V. Kleve.

Freizeit(mit)gestaltung und der Aufbau bzw., Erhalt von sozialen Kontakten sind unter anderem Zielsetzungen der Fachberatung nach §§67 SGB XII.

Gemeinsam sind wir im August 2017 mit einer bunt gemischten Gruppe in Begleitung und Organisation des hiesigen Reisebusunternehmens Jean Schatorje zunächst nach Alkmaar und im Anschluss weiter nach Egmond aan Zee gefahren.

In Alkmaar genossen alle KlientInnen, sowie auch die KollegInnen, die niederländische Käsestadt mit ihren Grachten und blumigen Gängen, sowie die Marktschreier auf dem dortigen Käsemarkt inkl. des Wettbewerbs der „Kaasdragers“.



(Foto von Brigitte Kalkof)

Mit eingekauftem Proviant steuerten wir dann auf die Nordsee zu: Egmond aan Zee. Eine durchaus nennenswerte Brise und eine nicht allzu warme Wassertemperatur hielten uns jedoch nicht davon ab, den Sand und das Wasser Barfuß zu genießen.

Ein ganz besonderes Erlebnis war es für eine 53jährige Dame, die sich sogar nur mit einem Badeanzug bekleidet in die Wellen stellte, da diese noch nie die See zuvor gesehen habe.

Auch ein Tagesausflug kann viel bewirken und Menschen glücklich machen.

---

### Sommerfest am Waldhaus

Einen Nachmittag am Waldhaus des Caritasverbandes Kleve e.V. gestalteten die MitarbeiterInnen des Fachdienstes Wohnhilfen und Sozial- und Migrationsberatung für die KlientInnen Ende September. Von verschiedenen erlebnispädagogischen Angeboten, über gespielte Trommelstücke der Trommelgruppe vom Sozialdienst katholischer Frauen e.V. und Klientinnen der Flüchtlingsberatung hinzu leckerem gegrillten Allerlei.

Ein absolut erfolgreicher und aktionsreicher Nachmittag, der gerne wiederholt werden darf.



(Foto von Lea Schaffeld)

### Weckmannessen im Kontaktcafé

Zum Ausklang des Jahres 2017 veranstaltete der Fachdienst Wohnhilfen ein gemeinsames Weckmannessen mit dem Klientel aus der Fachberatungsstelle und dem Ambulant Betreuten Wohnens nach §§67 SGBXII im Kontaktcafé des Beratungszentrums.



Neben den frisch gebackenen Weckmännern der Bäckerei aus Kevelaer und einer heißen Tasse Kaffee, gab es für warmen Kakao und Aufschnitt um die Adventszeit im gemütlichen Kreis einzuleiten. Der Programmpunkt „Schrottwichteln“ wurde durch eine animierende Moderation von Tanja Laporte als absolut gelungene Unterhaltung von allen Beteiligten empfunden.

Auch nutzte Wilfried van de Kamp den Rahmen um sich als neuer Leiter des nun großen Fachdienstes Sozial-, Wohn- und Migrationsberatung vorzustellen und Petra Hermsen-Beyer bedankte sich für das Vertrauen in der Zeit ihrer kommissarischen Leitungsfunktion.

## Zahlen und Fakten - Fachberatungsstelle gemäß §§ 67 – 69 SGB XII im Kreis Kleve

### Anzahl der Rat- und Hilfesuchenden

2017 wurden die beiden Standorte der FBS gemäß §§ 67 ff SGBXII in Kleve und Geldern von 462 Personen aufgesucht (im Jahr 2016 waren es 385, in 2015 417, im Jahr 2014 420 Rat- und Hilfesuchende). 337 Ratsuchende wurden in Kleve und 125 in Geldern erfasst. Damit ist die Anzahl von Rat- und Hilfesuchenden deutlich gestiegen und die Auslastung der FBS im Vergleich zu anderen Kreisen nach wie vor hoch. Multiple Problemlagen bei der Klientel gepaart mit einem für Sozialleistungsbezieher und Geringverdiener kaum zugänglichen Wohnungsmarkt stellen die Mitarbeitenden der FBS vor großen Herausforderungen in der Problembearbeitung. Zudem fehlen weitere personelle Ressourcen, um eine verbesserte Zugänglichkeit zum Hilfesystem für Personen zu schaffen, die aufgrund der Entfernung nicht oder nur unzureichend Hilfe annehmen können.

### Räumliche Verteilung

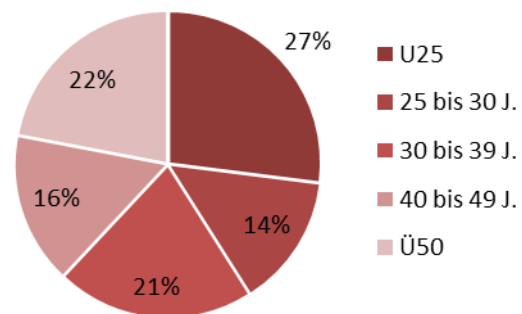
Der Anteil der Rat- und Hilfesuchen, der die FBS von außerhalb des Kreises Kleve aufsuchte, ist im Vergleich zum Vorjahr (6 %) mit 4% gesunken. Der größte Anteil, mit über 90% der Besucher und Besucherinnen der FBS, stammt aus dem Kreis Kleve. Wie im Vorjahr (60%) lag der Anteil der Besucher und Besucherinnen der FBS, die aus Kleve und Geldern kamen, mit 55% überproportional hoch. Mit Kleve und Geldern als einzige FBS-Standorte bedeutet es für Wohnungsnotfälle aus den übrigen 14 Kommunen im ländlichen Kreis Kleve erfahrungsgemäß, dass das Hilfesystem für diese Hilfesuchenden - zusammen 35 % - deutlich schwieriger erreichbar ist.

Zudem ist aufsuchender Sozialarbeit, aufgrund der begrenzten Personalausstattung der FBS, enge Grenzen gesetzt.

### Verteilung der Geschlechter

Das Verhältnis Männer zu Frauen lag im Berichtszeitraum bei 53% zu 47%. Damit hat sich die Verteilung der Geschlechter zu den Vorjahren (in 2016 59% zu 41% und in 2015 72% zu 28%) weiter verändert. In Notsituationen fragen weibliche Rat- und Hilfesuchende eher nach Unterstützung für sich und ihre Familien als männliche Ratsuchende.

### Altersverteilung



Der Anteil der unter 25-jährigen ist mit 27% im Vergleich zum Vorjahr (28%) leicht gesunken; und damit weiterhin auf einem hohen Niveau. Unter 30 Jahren waren im Berichtszeitraum 2017 41% der Klienten und damit etwa so viel wie in 2016 (41%). Die Gruppe der 30–39-Jährigen ist mit 21% wieder leicht gesunken (Vorjahr 24%). Die Personengruppe der 40–49-Jährigen ist mit 16% (in Relation zum Vorjahr mit 17%) leicht gesunken. Mit 22% ist der Anteil der Besucher und Besucherinnen, die 50 Jahre und älter waren (2016 waren es 18% und 2015 17%), deutlich gestiegen.

### Haushaltsstruktur

70% der FBS-Besucher war 2017 alleinstehend (53 % wie 2016) oder allein erziehend (17%; in 2016 12%); 2016 waren es 65%. Für die allein Erziehenden hat sich die Zahl im Vergleich zu

2016 somit deutlich verändert. 24% der Klienten gaben an, in fester Partnerschaft – mit und ohne Kinder – zu leben; im Vorjahr waren es 26%. 6% der Wohnungsnotfälle hielten sich in sonstigen Mehrpersonenhaushalten auf; in 2016 waren diese 9 %.

Insofern sind nach wie vor einzeln bzw. isoliert lebende Menschen, denen ein soziales Netz fehlt, eher und stärker von Wohnungsnot betroffen.

#### Verteilung nach Beschäftigungssituation

Die überwiegende Zahl - 67% - der Besucher und Besucherinnen der FBS war ohne Beschäftigung (in 2016 66%, in 2015 67%; über die Jahre ein relativ stabiler Wert.

Im so genannten dritten Arbeitsmarkt (z.B. Werkstätten für Behinderte) waren 2% untergebracht (in 2016 waren es 1%, in 2015 2%). In Arbeitsprojekten, die Maßnahmen der SGB II-Leistungsträger oder der Agenturen für Arbeit anbieten und durchführen, dem so genannten zweiten Arbeitsmarkt, waren in 2017 4% der Probanden beschäftigt (2016 waren es 3% und in 2015 und 2014 4%). Im ersten Arbeitsmarkt (Ausbildung, sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis) waren im Berichtszeitraum 15% tätig; in 2016 sowie 2015 waren es 16% und in 2014 15%.

Die Gründe für die hohe Arbeitslosenzahl sind vielschichtig. Kein oder ein niedriger Schulabschluss, fehlende oder abgebrochene Berufsausbildung, geringe Berufserfahrung oder zu geringe Flexibilität in der Arbeitszeitgestaltung sind einige wichtige persönliche oder strukturelle Faktoren, die Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche erschweren.

Der zum Teil hochschwellige Zugang in den 1. Arbeitsmarkt (qualitativ anspruchsvolle Bewerbungen bereits für so genannte

geringfügige Beschäftigungsverhältnisse) erschwert den Zugang zum Arbeitsmarkt für nicht wenige Klienten nach wie vor.

Weitere soziale Schwierigkeiten wie Verschuldung oder Suchtmittelgebrauch können erschwerend hinzukommen. In diesen Fällen ist eine Beratung zur Arbeitssuche oftmals besonders aufwendig und mit der derzeitigen personellen Ausstattung der FBS nur sehr eingeschränkt zu leisten.

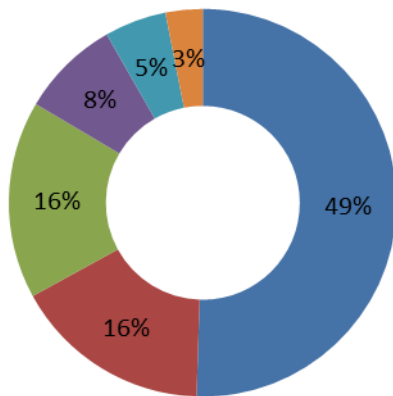
Erwerbslosigkeit und in der Folge wirtschaftliche, finanzielle Schwierigkeiten waren immer wieder Inhalt der Beratung, zumal sie nicht selten Ursache drohenden Wohnungsverlustes oder gar unmittelbarer Obdachlosigkeit waren und sind.

#### Verteilung nach Unterkunftssituation/ Wohnungsnotfälle

49% der Hilfesuchenden gaben an in eigenem Wohnraum zu leben; im Vorjahr waren es 51%. Dies dokumentiert den hohen Stellenwert der Prävention im Rahmen der Wohnungsnotfallhilfe der FBS. Die Kontaktaufnahme zur Fachberatung erfolgt meistens wegen drohendem Wohnungsverlust oder unzumutbaren Wohnungsverhältnissen.

Bei Familie oder Partner untergekommen waren in 2017 16%; in 2016 und 2015 waren es 15%. Bei Bekannten hielten sich 2017 16% Wohnungssuchende auf. Im Vorjahr waren es 21%; in 2015 20%. Gestiegen ist der prozentuale Anteil der in Notunterkünften untergebrachten Personen mit 8% (2016 5%, 2015 4% und 2014 7%); die Personen ohne jegliche Unterkunft mit 4% (2016 5%; 2015 7%, 2014 9%) sind weiter gesunken.

Nach wie vor ziehen nicht wenige Wohnungslose andere Unterkunftsformen oder sogar das völlige Fehlen einer Unterkunft der Einweisung in die gemeindeeigenen Obdachlosenunterkünfte vor.



- eigener Wohnraum
- bei Familie oder Partner
- bei Bekannten
- Notunterkünfte
- ohne jegliche Unterkunft
- Sonstiges

### Verteilung nach Einkommenssituation

Die größte Gruppe der Ratsuchenden musste ihren Lebensunterhalt durch Leistungen der Grundsicherung für Arbeit (SGB II) sicherstellen. Die Anzahl lag im Berichtszeitraum bei 46%; in 2016 waren es 37%; in 2015 waren es 40%, in 2014 42%. Damit ist die Anzahl der Hilfesuchenden, die von ALG II- Leistungen leben müssen, deutlich gestiegen.

Von Leistungen gemäß SGB XII (Sozialhilfe) lebten wie im Vorjahr 4%. 2015 waren es 2%, in 2014 4%.

Nur 3% der Probanden deckten ihren Lebensunterhalt in 2017 rein über SGB III- Leistungen; 2016, wie in den Jahren davor,

lebten 6% der Hilfesuchenden von SGB III- Leistungen.

6% bezogen Renten- bzw. Pensionsleistungen (2016 5%; 2015 7%, 2014 6%). Wie im Jahr zuvor gaben 5% als Einkommen Unterhaltsleistungen von Angehörigen an (2015 waren es 4% und 2014 5%).

Die Zahl derer, die den Lebensunterhalt überwiegend durch Lohn und Gehalt bestreiten konnten, betrug 17% wie im Vorjahr; 2015 waren es 16%, in 2014 14%.

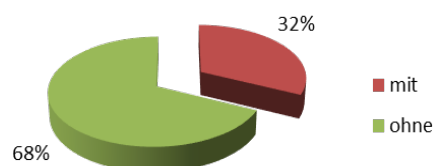
Über kein Einkommen verfügten in 2017 12 % der Probanden (2016 19%; 2015 waren 17%, 2014 16% ohne Einkommen); auch diese Zahl ist über die Jahre relativ hoch.

Die Betroffenen mussten sich mit Betteln oder Zuwendungen von unterschiedlichen Stellen und/oder Bekannten durchschlagen. Die Beratungsarbeit der FBS führte in fast allen Fällen zum (Wieder-) Anschluss in die sozialen Sicherungsnetze (insbesondere Leistungen gemäß SGB III, SGB II und SGB XII).

### Migrationshintergrund

Zum dritten Mal wurde die Frage nach dem Migrationshintergrund ausgewertet. Dabei wurde erfragt, ob die oder der Hilfesuchende selber einen Migrationshintergrund hat oder die Eltern. Wie im Vorjahr hatten 68% der Ratsuchenden keinen Migrationshintergrund; 2015 waren es 75%. 32% hatte einen Migrationshintergrund im Berichtszeitraum 2017; in 2016 waren es 31% und in 2015 24%.

Migrationshintergrund





## Ein hoffnungsvoller Blick - 2018

„Jeder Mensch braucht ein Zuhause“, so das Kampagnenthema des Deutschen Caritasverbandes e.V. für das Jahr 2018.



Wie bereits einführend bekannt, herrscht weiterhin auch im Kreis Kleve absoluter Wohnraumangel in jeglichen Größen, die für geringverdienende Personen, Sozialleistungsempfänger und kinderreiche Familien zu finanzieren sind.

Die deutschlandweite Kampagne zeigt hier nochmals deutlich, dass in Deutschland eine Million Wohnungen fehlen (vgl. [www.zuhause-für-jeden.de](http://www.zuhause-für-jeden.de), 2018). Auch werden nochmals sozialpolitische Forderungen deutlich:

„Lösungsansätze:

Mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen muss ein zentrales Ziel für Politik und Gesellschaft sein. So sollten

- die Kommunen ihre Möglichkeiten (z. B. über Bauplanungsrecht) nutzen, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- Kommunen und Städte durch Bewirtschaftungs- und Vergabepaxis den sozialen Wohnungsbau unterstützen.
- Caritasverbände, Pfarrgemeinden und Diözesen ihren Immobilienbesitz auf Nutzungsmöglichkeiten überprüfen.“  
([www.zuhause-für-jeden.de](http://www.zuhause-für-jeden.de))

## Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft

Nach langjährigen Hinweisen auf den hiesigen vorhandenen Wohnungsmangel von bezahlbarem Wohnraum und den sich weiterhin verschlechternden Prognosen, soll es für die Haushaltsjahre 2018 und 2019 des Kreises Kleve einen Anstoß zur Bemühung der Inangriffnahme dieser auch sozialpolitischen Problematik geben. Hierzu äußerte der Landrat Wolfgang Spreen in seiner Haushaltsrede vom 14.12.2017 wie folgt:

„Insgesamt ist der Bestand an preiswertem Wohnraum im Kreis Kleve rückläufig, obwohl der Bedarf hierfür aufgrund unterschiedlicher demographischer Faktoren und gesellschaftlichen Entwicklungen ansteigt. Lag der geförderte Mietwohnungsbestand Ende 2008 noch bei 5.799 Wohnungen, so war bis Ende 2016 bereits ein Rückgang auf 4.921 Wohnungen zu verzeichnen. Prognosen gehen davon aus, dass der Wohnungsbestand bis Ende 2040 auf 2.344 weiter deutlich zurückgehen könnte. (...)“

Der Haushaltsentwurf sieht daher die Einplanung von 25.000 EUR zu Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft sowie Betriebskostenzuschüsse von 2,85 Mio. EU in 2018 sowie 600 TEUR in 2019 zur Inangangsetzung des Geschäftsbetriebes vor. Die Aufgabe des Unternehmens soll darin liegen, den Bestand an preiswertem Wohnraum kreisweit – auch durch die Inanspruchnahme von Mitteln der Wohnungsbauförderung – dauerhaft zu erhöhen. (...)“

(Haushaltsrede Landrat zum Haushalt 2018 und 2019, 14.12.2017)

Fragen, Erwartungen, Ideen, Hoffnungen, aber auch Sorgen werden weiterhin für das Jahr 2018 die Fachberatungsstelle gem. §§ 67 SGB XII im fachlichen kollegialen Austausch, so wie auch im Klientelkontakt begleiten.

Wir werden weiterhin für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den hilfeschenden Menschen im Jahr 2018 einstehen und durch verschiedene Aktionen unter dem Kampagnenthema deutlich auf vorhandene Missstände rund um das Thema Wohnen und Wohnungslosigkeit aufmerksam machen. Denn Wohnen ist ein Menschenrecht!

*Kleve / Geldern*

Rainer Blix

Lea Schaffeld

Petra Hermsen-Beyer

**Diakonie**   
im Kirchenkreis Kleve e.V.

